

Die drei Säulen und das Überleben elektoraler Autokratien: Eine Replik

Gerschewski, Johannes

Preprint / Preprint

Replik / replication

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gerschewski, J. (2017). Die drei Säulen und das Überleben elektoraler Autokratien: Eine Replik. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft : Comparative Governance and Politics*, 11(2), 237-246. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62973-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die drei Säulen und das Überleben elektoraler Autokratien – Eine Replik

Johannes Gerschewski

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Innerhalb der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) hat sich nach einem Beitrag von Hans Lüders und Aurel Croissant (Lueders und Croissant 2014, 2015) eine Debatte entsponnen.¹ Lüders und Croissant erklären das Überleben elektoraler Autokratien unter Hinzuziehung des Drei-Säulen-Modells autokratischer Stabilität. Dieses Modell geht davon aus, dass Legitimation, Repression und Kooptation die drei wichtigsten Faktoren in der Erklärung der Stabilität von Autokratien darstellen (Gerschewski 2013; Gerschewski et al. 2013). Steffen Kailitz und Dag Tanneberg haben in einer klugen und methodisch anspruchsvollen Replik auf den Aufsatz von Lüders und Croissant reagiert (Kailitz und Tanneberg 2015). Der Beitrag von Schneider und März in diesem Band geht nun einen Schritt weiter und bringt eine neue theoretische Perspektive ein (Schneider und Maerz Im Erscheinen). Anstatt von der Wirkung einzelner Säulen auszugehen schlagen sie vor, sich die Kombination und das Zusammenspiel der drei Faktoren genauer anzuschauen. Methodisch greifen Schneider und März auf die Qualitative Comparative Analysis (QCA) zurück, dessen „Kernkompetenz“ im Aufzeigen von Kombinationen von Faktoren besteht.

Wie ich in dieser Replik argumentieren werde, sympathisiere ich mit dem Verständnis von Schneider und März. Die drei Säulen der Legitimation, Repression und Kooptation sind an sich erst einmal nur eine Heuristik, die die wichtigsten Erklärungsfaktoren für die Stabilität von Autokratien zusammenführt und bündelt. Kausale Kraft entfaltet der Theorierahmen jedoch erst über die Spezifizierung der entsprechenden Mechanismen. Hier argumentiere ich mit einer Komplementarität zwischen den Säulen, die die Säulen in ihrer Wirkung gegenseitig

¹ Ich bedanke mich bei den Herausgebern dieses Sonderbands sowie bei der Redaktion der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) für die Möglichkeit, einen Beitrag zur Debatte um die Stabilität elektoraler Autokratien zu verfassen. Ich nehme diese Möglichkeit sehr gerne wahr, da ich die Arbeit der Debattenteilnehmer gut kenne und in hohem Maße wertschätze. Da die Replik mit der Verleihung des Gero-Erdmann-Preises 2016 für Vergleichende Area-Forschung einhergeht, erlaube ich mir, an der einen oder anderen Stelle auf meine Dissertation hinzuweisen (Gerschewski 2014). Zudem danke ich Steffen Kailitz und Dag Tanneberg für hilfreiche Hinweise.

verstärkt und so das Regime stabilisiert (Gerschewski 2014). Bevor ich diesen Punkt genauer erläutere, gehe ich zunächst auf die Frage der theoretischen Reichweite ein, die in den oben genannten Beiträgen thematisiert wurde. Ich werde dann die Validität der benutzen Indikatoren diskutieren und dabei besonders auf die erste Säule, die Legitimation, eingehen. Darauf aufbauend werde ich das Konzept der Komplementarität stark machen, das uns als theoretische Brücke dienen kann, wenn man das Zusammenspiel von Faktoren – im Gegensatz zu Ceteris-Paribus-Effekten – erwartet. Die einzelnen empirischen Ergebnisse kann ich in dieser Replik nicht umfassend kommentieren. Ich werde mich jedoch vor allem zu den Befunden von Schneider und März verhalten.

Reichweite des theoretischen Rahmens

Das Drei-Säulen-Modell der Stabilität autokratischer Regime beansprucht eine Erklärungskraft für alle Autokratien entfalten zu können, unabhängig von deren Subtyp. Die empirischen Ergebnisse von Lüders und Croissant haben hier Zweifel aufgebracht. Sie zeigen, dass dieser Anspruch für das Subsample der elektoralen Autokratien nur bedingt gilt (Lueders und Croissant 2014, 2015). Kailitz und Tanneberg haben in einer Replik darauf reagiert (Kailitz und Tanneberg 2015). Lüders und Croissant wurden dafür kritisiert, dass ihr Beitrag an manchen Stellen zumindest den Eindruck erweckt, dass er für alle Autokratien gelten soll und somit einen Sampling Bias und die Selektion auf der abhängigen Variablen nach sich ziehen würde. Dies wird von den Autoren zu Recht zurückgewiesen und auf den enger gefassten Erklärungsanspruch verwiesen. Lüders und Croissant haben keinen Test des Modells für alle Autokratien im Sinn, sondern zielen lediglich auf die Untergruppe der elektoralen Autokratien ab.

Lüders und Croissant haben jedoch in ihrer Replik einen Punkt nicht ausreichend diskutiert. Kailitz und Tanneberg weisen zurecht darauf hin, dass die abhängige Variable in ihrem Forschungsdesign durchaus kontrovers zu sehen ist. Lüders und Croissant nehmen hier Wahlsiege und Wahlniederlagen in den Blick. Wahlen stehen jedoch am Ende einer „Eskalationskette“, wie Kailitz und Tanneberg treffend formulieren (Kailitz und Tanneberg 2015, S. 76). Wahlen sind so verstanden bereits ein Zeichen der „Schwäche“ von Autokratien. Erst wenn die handlungsprägende Kraft der drei institutionalisierten Säulen Legitimation, Repression und Kooptation an Einfluss verliert, kommt es zu bedeutungsvollen Wahlen, bei denen die Regierung später auch abgewählt werden kann. Insofern sind die Schwächungen

der Säulen eher Bedingungen für die Möglichkeit von Abwahl als direkte Ursachen für eine Abwahl. Lüders und Croissant überspringen diesen Schritt in einer Kausalkette.

Eine Nicht-Abwahl ist auch nicht mit der Stabilität von Autokratien gleichzusetzen. Das Drei-Säulen-Modell hatte aber stets Stabilität im Blick. Nicht-Abwahl kann vielmehr als eine Untermenge des Stabilitätskonzepts betrachtet werden, die nur in unterschiedlichem Maße für Autokratiesubtypen relevant ist. Für kompetitive Autokratien ist sie häufiger relevant, für hegemoniale Autokratien seltener, für geschlossene gar nicht. Damit geht einher, dass Lüders und Croissant lediglich auf die Regierung schauen und dezidiert nicht an Veränderungen auf der Makroregimeebene (Subtypenwechsel oder Demokratisierung) interessiert sind. Dies soll nicht als Kritik verstanden werden, sondern nur klarstellen, dass der Fokus bei Lüders und Croissant eng auf der Regierungsabwahl liegt. Es wird bei Lüders und Croissant also eine Untermenge der Grundgesamtheit der Autokratien sowie eine besondere, an Vorbedingungen geknüpfte Ausprägung des Stabilitätskonzepts als abhängige Variable untersucht.

Ein empirischer Test für die Erklärungskraft von Legitimation, Repression, und Kooptation für die Stabilität aller Autokratien steht somit noch aus. Das Drei-Säulen-Modell erhebt diesen generellen Anspruch aufgrund von zwei Argumentationslinien (Gerschewski 2014). Zum einen werden mit den drei Säulen alle relevanten Akteure in einem politischen System „angesprochen“. Zielt die Legitimationssäule auf die allgemeine Bevölkerung, die entweder das Regime aktiv unterstützen oder passiv tolerieren soll, ist es die Aufgabe der Repression, potentielle Opposition zurückzudrängen. Kooptation zielt vorrangig auf die Elite ab und soll eine innere Kohäsion sicherstellen. Systemtheoretisch gesprochen deckt die Legitimation die Inputdimension Unterstützung („support“) ab, bei Repression geht es um die Kontrolle der Forderungen („demands“), während die Kooptation die Steuerungsfähigkeit des Regimes aufrechterhalten soll.

Zweitens erhebt das Modell diesen umfassenden Anspruch, weil es sich als einen integrierenden Theorierahmen versteht, der unterschiedliche Forschungsstränge in einen umfassenden Ansatz synthetisiert. In der letzten Dekade hat es eine starke Zunahme an Arbeiten zu autokratischen Regimen gegeben. Den meisten Arbeiten sind zwei Fluchtpunkte gemeinsam. Zum einen trachten die Studien nach einer Erklärung des Überlebens, der Stabilität, der Resilienz, der Persistenz oder der Dauerhaftigkeit solcher Regime. Während durchaus semantische Unterscheide zwischen den zu erklärenden Phänomenen ausgemacht werden können, teilen die meisten jüngsten Studien zudem einen gemeinsamen Ansatz. Der Großteil der jüngsten Arbeiten hat einen institutionalistischen Blickwinkel eingenommen, so

dass Pepinsky schon von einem „institutional turn“ in der Vergleichenden Autokratieforschung sprach (Pepinsky 2014). In der angelsächsischen Literatur wird dabei zumeist auf zwei Aspekte fokussiert: Zum einen wird der Einsatz von Repressionsinstrumenten analysiert, der die Opposition in Schach halten soll. Zum anderen wird stärker auf die Elite fokussiert und die Frage nach Kooptationsmechanismen gestellt. Stabilisierende Institutionen, die vertiefend studiert werden sind dabei (Macht-)Koalitionen und Arrangements (Svolik 2012), Parteien (Brownlee 2007; Gandhi 2008), Wahlen (Magaloni 2006; Schedler 2013), Parlamente (Gandhi und Przeworski 2007), oder auch Gerichte (Ginsburg und Moustafa 2008). Gemäß bester institutionalistischer Theoriebildung wird in den hier exemplarisch zusammengestellten Studien darauf abgezielt zu fragen, welche Anreize diese Institutionen auf das Verhalten der Akteure haben und welche Effekte wir von ihnen erwarten können (Immergut 1998). Was sind die von Clemens und Cook so prägnant formulierten „patterned higher-order effects on the actions“ (Clemens und Cook 1999, S. 444–445), die die untersuchten Institutionen den Akteuren auferlegen?

Vor diesem Hintergrund versteht sich das Drei-Säulen-Modell als einen Versuch, einen allgemeinen Theorierahmen über die Stabilität von autokratischen Regimen zu entwerfen. Jedoch fügt es den beiden Faktoren Repression und Kooptation noch eine dritte Komponente hinzu: die Legitimation in Autokratien. Diese dritte Säule leitet sich vor allem mit Blick auf klassische Arbeiten der oftmals als altmodisch abgetanen Totalitarismusforschung ab. Bei politischen Denkern wie Hannah Arendt oder in den empirisch-analytischen Schriften von Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski oder Juan Linz war die Frage nach der Ideologie bzw. Mentalität noch das zentrale konstitutive Merkmal von Nicht-Demokratien (Arendt [1951] 2005; Friedrich und Brzezinski 1956; Linz 1975). Auch wenn diesem Forschungsstrang idiographische Tendenzen nicht fremd sind, können wir für das Studium autokratischer Herrschaft viel von diesen Arbeiten lernen. Gerade die wegweisenden Arbeiten von Steffen Kailitz, der die Debatte in der ZfVP mit angestoßen hat, haben viel zum Verständnis der legitimatorischen Dimension von Autokratien beigetragen (Kailitz 2009, 2013; Kailitz und Stockemer 2015; Backes und Kailitz 2016). Die Grundidee ist, dass sich auch nicht-demokratische Regime – mit unterschiedlichem Erfolg – zu legitimieren versuchen (für einen umfassenden Überblick über die Forschung Haldenwang 2016). Autokratien versuchen sich dabei generell aus zwei Gründen zu legitimieren: zum einen um direkte Unterstützung in der Bevölkerung zu generieren und zum anderen um die indirekten Kosten für Repression und Kooptation gering zu halten. Tiefe Fallstudien haben diese Legitimationsfunktion in unterschiedlichen Autokratietypen untersucht (Meuschel 1991;

Alagappa 1995; Schlumberger und Bank 2002; Holbig 2013; Morgenbesser 2016; Mazepus et al. 2016; Dukalskis 2017). Der vorliegende Sonderband der ZfVP vertieft unser Wissen um diese dritte Stabilitätsdimension eindrucksvoll.

Aufgrund der Adressaten, die von der Bevölkerung (Legitimation) über die Opposition (Repression) zur Elite (Kooptation) reichen und die relevanten Kollektivakteure im politischen System umfassen, sowie der breiten Literaturbasis, die in den drei Säulen zusammengetragen wird, erhebt das Modell den Anspruch, für die Stabilität aller autokratischen Regime Erklärungskraft zu entfalten. Während ein globaler empirischer Test noch aussteht, zeige ich in der Dissertation deren Erklärungskraft für die ostasiatische Region. Empirisch beruht die Arbeit auf Fallnarrativen zu 45 autokratischen Regimen in Ostasien seit 1945 (Gerschewski 2014).

Validität der Indikatoren und die Frage nach der Legitimation

Wie oben bereits angedeutet, bezieht sich der anregende Beitrag von Lüders und Croissant auf einen bestimmten Subtypus von Autokratien und hat eine enger gefasste zu erklärende Variable. Nicht-Abwahl ist nur eine Möglichkeit von Stabilität oder Überleben. Dies ist nicht zu kritisieren und dem Fokus der Forschungsfrage geschuldet. Jedoch würde ich diese Replik gerne zum Anlass nehmen, um allgemeiner auf zwei Probleme bei der Wahl der Indikatoren in der (makro-quantitativ) vergleichenden Autokratieforschung hinzuweisen. In jüngster Zeit beobachten wir geradezu eine Explosion an Studien, die viele Teilaspekte von autokratischer Herrschaft, in nationaler wie in internationaler Hinsicht, untersuchen. Dies ist vor dem Hintergrund des immer nur sehr spärlichen Wissens über autokratische Herrschaftssicherung begrüßenswert.

Jedoch verfestigt sich zunehmend ein Eindruck in der jüngeren Forschung: Es werden zu oft lediglich die Indikatoren hinzugezogen, die leicht verfügbar sind und „off the shelf“ genommen werden können. Das vielleicht offensichtlichste Beispiel ist der Regimetypus nach Geddes, der beinahe routinemäßig als Kontrollvariable miteinbezogen wird ohne hinreichend klar machen zu können, warum der Lokus der Macht (Person, Partei, Militär) Auswirkungen auf das zu untersuchende Phänomen haben könnte oder nicht.

Auf einen zweiten Punkt hat Giovanni Sartori bereits vor Jahrzehnten hingewiesen und er scheint mir in der heutigen Forschung wieder relevant: „the progress of quantification should lag – in whatever discipline – behind its qualitative and conceptual progress“ (Sartori 1970, S.

1038). Die Achillesferse in der gegenwärtigen Autokratieforschung scheint mir die zufriedenstellende Beantwortung der Frage nach der Messvalidität zu sein. Messen die Indikatoren das, was sie messen sollen? Adcock und Collier sehen in der Messvalidität eine der grundlegenden Herausforderung in den Sozialwissenschaften, die sich aber angesichts der erschwerten Datenerfassung in nicht-demokratischen Umgebungen noch einmal exponentiell verschärft. Vor allem die Frage der Inhaltsvalidität zwischen dem systematisierten Konzept und der Indikatorenwahl ist in vielen Studien angreifbar (Adcock und Collier 2001, S. 538–540). Das ist eine sehr basale Aufgabe in der Konzeptbildung, die vor der eigentlichen Messtheorie stattzufinden hat. Sie fragt nach der generellen Adäquatheit der Indikatoren und ist damit genuiner Teil der Operationalisierung von Konzepten. Neben empirischen Tests und dem Vergleich von unterschiedlichen Messanlagen gilt es auch und gerade theoretisch zu fragen, ob der Indikator eigentlich das abbildet, was das Konzept vorgibt.

Dies lässt sich am Beispiel der Legitimationsdimension in Autokratien gut illustrieren. Obleich Lüders und Croissant durchaus bewusst ist, dass der Indikator Protest für die Messung von Legitimation problematisch ist, wird er in den meisten ihrer Logit-Modelle benutzt. Inwiefern das Aufkommen von Protest in der Bevölkerung oder in der Elite ein adäquater Indikator für eine schwächer werdende Legitimation (verstanden als Prozess) oder der Legitimität (verstanden als Qualität) benutzt werden kann, ist eine noch offene Forschungsfrage. Protest kann nur in einem Gelegenheitsfenster abnehmender Repression stattfinden und ist somit eher ein Indikator für die Interaktion zwischen Repression und Legitimation. Schedler zeigt außerdem in einem aktuellen Beitrag, dass Proteste weit häufiger in Autokratien stattfinden als weithin angenommen. Sie seien von einer „disturbing normality“ (Schedler In Bearbeitung). Proteste sind so nach Schedler nicht als seltener Krisenindikator zu verstehen, sondern vielmehr als Kommunikationsinstrument, das die Bevölkerung wählt, um dem Diktator die Grenzen seiner eigenen Willkür aufzuzeigen. Insofern gäbe das der Verwendung des Protestindikators durchaus Auftrieb, jedoch scheint weder die theoretisch-konzeptionelle noch die empirische Grundlage stark genug, um von Legitimation bzw. noch umstrittener von Legitimität in Autokratien zu sprechen. Stattdessen wäre es beim heutigen Stand der Forschung wohl angebrachter, nicht auf ein Basiskonzept Legitimation zu verweisen, sondern den Protestindikator lediglich für die Messung von Protest selbst zu nutzen. Protest misst erst einmal Protest und nicht Legitimation. Dies wäre vor allem auch vor dem Hintergrund zu empfehlen, dass Proteste nur die Abwesenheit von Legitimation zeigen, nie jedoch die aktive Zustimmung oder passive Akzeptanz der Bevölkerung zur Herrschaftsrechtfertigung der Regierenden. Wir würden mit der

Verwendung von Protest als Indikator annehmen, dass das Regime so lange legitim ist, bis es das nicht mehr ist – was eine der generellen großen Kritikpunkte des Legitimationskonzepts darstellt (Marquez 2015; O’Kane 1993).

Komplementarität und das Zusammenspiel der drei Säulen

Schneider und März testen in ihrem Beitrag zu diesem Sonderheft das Zusammenspiel der drei Säulen. Ich würde gerne den innovativen Punkt in ihrer Studie nochmals unterstreichen: statt einen Ceteris-Paribus-Effekt zu schätzen zielen sie auf das Zusammenwirken der drei Säulen ab. Methodisch folgt daraus die Verwendung eines QCA-Modells.²

Um Kausalkraft zu erlangen, muss eine überzeugende Theorie auf Mechanismen verweisen, die die erklärenden und zu erklärenden Variablen verbindet. Die Nennung der drei Säulen an sich vermag eine hilfreiche Heuristik darzustellen, die einen Fallvergleich diszipliniert. Kausalität wird jedoch mit den dahinterliegenden Reproduktionsmechanismen der Säulen aufgezeigt. Während es endogene oder exogen angetriebene Reproduktionsmechanismen *innerhalb* der Säulen geben kann, die auf normativen, machtasymmetrischen und utilitaristischen Überlegungen fußen (Mahoney 2000; Gerschewski 2013, S. 23–27), stellt sich zudem die Frage der Interaktion *zwischen* den Säulen. Ich schlage vor, hierfür den Begriff der Komplementarität zu nutzen. Komplementarität ist als Konzept elastisch genug, um unterschiedliche Phänomene theoretisch zu erfassen, die sich auf das Zusammenspiel von Faktoren beziehen. Es kann eine überzeugendere Antwort darauf geben, warum bestimmte Faktoren miteinander reagieren und sich gegenseitig in ihrer Wirkung verstärken. Dies spricht ein Kausalverständnis an, das als chemische Kausalität bezeichnet wurde (Mill 1911, S. 243). Im Gegensatz zu einem physikalischen Verständnis versucht man nicht, den isolierten Effekt einer Ursache auf seine Wirkung zu betrachten, sondern geht davon aus, dass zwei Edukte wie in einer chemischen Reaktion miteinander interagieren und ein neues Produkt entsteht.

Für die Sozialwissenschaft kann der bereits in der Varieties of Capitalism-Debatte geprägte Begriff der Komplementarität somit eine wichtige theoretische Brücke darstellen. Komplementarität erklärt, mit welchem Erfolg zwei Faktoren miteinander reagieren. Komplementarität ist sehr gut geeignet, da er mehrere Interpretationsmöglichkeiten unter

² Ich freue mich zudem, dass gerade Carsten Schneider (mit Seraphine März) diesen Ansatz verfolgt, da er mir vor einigen Jahren eben diesen theoretischen und methodischen Zugang nähergebracht hat.

einem konzeptionellen Dach vereinigen kann. Komplementarität kann auf mindestens drei Arten verstanden werden: (1) eine Logik des Kontrasts (komplementäre Faktoren ergänzen sich zu einem Ganzen und kompensieren die Schwächen des anderen), (2) eine Logik der Ähnlichkeit (komplementäre Faktoren zeigen in die gleiche Richtung und ergeben in einem Synergieeffekt zusammen mehr als die Summe ihrer Teile) oder (3) die volkswirtschaftliche Logik des Komplementärguts (negative Kreuzpreiselastizität der Nachfrage). Diese drei Verständnisse stellen Anker dar, anhand derer Kausalmechanismen expliziert werden können. Sie sind damit in der Lage, nicht nur vage über das Zusammenspiel von Faktoren Aussagen zu machen, sondern präziser zu argumentieren, warum welche Säulen miteinander reagieren und warum sie sich gegenseitig in ihrer stabilisierenden Wirkung verstärken (Gerschewski 01.10.2016). Der Komplementaritätsmechanismus zwischen den Säulen macht aus der Heuristik eine kausale Theorie.

Die empirischen Ergebnisse, die Schneider und März in ihrer Studie präsentieren sind hoch interessant und es wäre in der Tat ein wichtiges zukünftiges Forschungsdesiderat zu prüfen, warum das Zusammenspiel der drei Säulen eine bessere Erklärungskraft entfaltet als die Ceteris-Paribus-Effekte bei Lüders und Croissant. Schneider und März zeigen, dass die drei Säulen auch in ihrem Zusammenspiel nicht in der Lage sind, die Abwahl von autokratischen Herrschern zu erklären. Das empirische Ergebnis von Schneider und März zeigt jedoch vor allem auch, dass es eine temporale Sequenz aus Schwächung der Säulen → Aufkommen von Wahlen → Abwahl zu geben scheint. Ich stimme daher der Interpretation von Schneider und März sowie Kailitz und Tanneberg zu, nach der die Säulen erst ihre handlungsprägende Kraft verloren haben müssen, bevor bedeutsame Wahlen stattfinden können. Insofern ist die Abwahlmöglichkeit bereits Ausdruck einer manifesten oder latenten Regimekrise (vgl. für Wirtschaftskrisen auch Tanneberg et al. 2013).

Interessant ist jedoch, dass das Drei-Säulen-Modell in der Erklärung von „no electoral defeat“ besser abschneidet. Für die Erklärung, dass es keine Wahlniederlage in elektoralen Autokratien gibt, scheint die Frage der temporalen Sequenz nicht so bedeutsam zu sein. Keine Wahlniederlage trotz Wahlherausforderung ist damit näher am eigentlichen Explanandum des Modells: der Stabilität autokratischer Herrschaft. Es ist zudem bemerkenswert, dass die QCA-Analyse von Schneider und März zu ähnlichen Kombinationen von Faktoren kommt, wie sie in der „Zwei-Welten-Hypothese“ (Gerschewski 2013, S. 30) aufgestellt wurden. Schneider und März nennen die beiden Kombinationen „rigider“ und „adaptiver“ Autoritarismus. Sie korrespondieren größtenteils mit den Formen, die ich in Anlehnung an ältere Arbeiten von

Juan Linz als über- und de-politisierende Konfigurationen bezeichnet habe. Eine überpolitisierende Konfiguration ist ein komplementäres Zusammenspiel aus hoher ideeller Legitimation, harter und weicher Repression sowie Kooptation via formalisierter Kanäle (Parteien, Parlamente). In einer depolitisierende Konfiguration sind hohe Performanzorientierung in der Legitimation, weiche Repression und eher informale Kooptationsmechanismen komplementär zueinander. Schneider und März zeigen nun in ihrem Beitrag, dass sich ihr rigider Autoritarismus lediglich in der Einbindung von Abwesenheit informaler Kooptation als INUS-Bedingung von der Überpolitisierungskonfiguration unterscheidet. Ihr adaptiver Autoritarismus unterscheidet sich von der Depolitisierungskonfiguration in der Inklusion von formalen Kooptationsarrangements und ideeller Legitimation als INUS-Bedingungen.

In meiner Dissertation konnte ich empirische Unterstützung für die Zwei-Welten-Hypothese finden (Gerschewski 2014). Ich habe mich dabei auf die ostasiatische Region konzentriert und 45 Regime seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs analysiert. Ostasien ist für einen fallbasierten Vergleich prädestiniert, da es von größerer Heterogenität geprägt ist als andere Weltregionen. Seit 1945 beobachtet man dort die unterschiedlichsten Spielarten autokratischer Regime: von totalitären Exzessen in Nordkorea, oder in Pol Pots Kambodscha und Maos China zu hypermodernisierenden Regimen wie in Singapur. In Ostasien gab es zudem Entwicklungsdiktaturen in Südkorea und Taiwan, die beide zusätzlich die Teilung des Landes als Legitimationsstrategie benutzten, sowie einen personalistischen „crony capitalism“ (Kang 2002), in dem sich eine Diktatur um Ferdinand Marcos und seine Frau Imelda zur eigenen Bereicherung und Grandezza etablierte. Die Spannweite reicht in der Region von den immer noch formal kommunistisch beherrschten Staaten Vietnam und Laos hin zu Militärdiktaturen in Myanmar, von einem Indonesien, das auf die perfekt geschmierte Wahlmaschinerie Golkar zurückgreifen konnte bis es in der Asienkrise Ende der 1990er Jahre zusammenbrach, zum fragilen Thailand, in dem sich demokratische und autokratische Phasen in einem schnellen Turnus abwechselten. Die Stabilität dieser unterschiedlichen Regime konnte dabei zu weiten Teilen auf eine Über- oder Depolitisierungskonfiguration zurückgeführt werden.

Nehmen wir nun einmal an, dass die Zwei-Welten-Hypothese tatsächlich global und für einen substantiellen Zeitraum Geltung finden könnte. Dann stellt sich die interessante Frage, ob die Unterschiede, die Schneider und März zu den Über- und Depolitisierungskonfigurationen finden, darauf zurückzuführen sind, dass sie mit dem Datensatz von Lüders und Croissant nur

elektorale Autokratien und nicht die Gesamtheit aller Autokratien im Blick haben. Müssen rigide/überpolitisierende Autokratien die Abwesenheit von informalen Netzwerken stärken, während adaptive/depolitisierende Autokratien stärker formale Kanäle für ihre Kooptation nutzen als angenommen? Und vielleicht noch entscheidender: Sind elektorale Autokratien darauf angewiesen, sich auch ideell in der Bevölkerung zu legitimieren, um langfristig stabil zu bleiben? In anderen, präziseren Worten: Muss Protest vermieden werden, damit eine Abwahl der Regierenden nicht stattfindet? Dies jedoch, wie Schneider und März eindrucksvoll zeigen, nicht verstanden als isolierter Effekt, sondern jeweils gedacht im Zusammenspiel mit den anderen Instrumenten: weiche Repression, formale Kooptation und eine ausgeprägten Performanzorientierung? Unterscheidet sich die immer stärker steigende Zahl von elektoralen Autokratien, deren Achillesferse und Sollbruchstelle die Abhaltung von (semi-kompetitiven) Wahlen darstellen in ihrer Überlebensstrategie von anderen Autokratietypen dadurch, dass gerade sie die Unterstützung der Bevölkerung einholen müssen? Und – das sei hier hinzugefügt – dies vorrangig nicht durch ideologische Überformung bewerkstelligen wie viele der Autokratien des 20. Jahrhunderts, sondern auch in ihrer rigiden Spielart verstärkt auf eine legal-rationale Herrschaftslegitimierung setzen müssen und dabei gleichzeitig nur weiche Repressionsinstrumente zur Verfügung haben. Was würde dies für die weitere Zukunft autokratischer Herrschaftsformen bedeuten? Und schließlich: warum können diese Ausprägungen der Säulen als komplementär (und in welchem Verständnis von Komplementarität) zueinander gesehen werden? Dies sind offene Fragen, die der Beitrag von Schneider und März aufwerfen, und deren Beantwortung die künftige Vergleichende Autokratieforschung stärker in den Blick nehmen muss.

Literaturverzeichnis

- Adcock, Robert und David Collier. 2001. Measurement Validity. A Shared Standard for Qualitative and Quantitative Research. *American Political Science Review* 95 (3): 529–546.
- Alagappa, Muthiah. 1995. *Political Legitimacy in Southeast Asia*. Stanford: Stanford University Press.
- Arendt, Hannah. [1951] 2005. *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus*. 10. Aufl. München: Piper.
- Backes, Uwe und Steffen Kailitz, Hrsg. 2016. *Ideocracies in Comparison. Legitimation - Co-optation - Repression*. London: Routledge.
- Brownlee, Jason. 2007. *Authoritarianism in an Age of Democratization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Clemens, Elisabeth S. and James M. Cook. 1999. Politics and Institutionalisms. Explaining Durability and Change. *Annual Review of Sociology* 25: 441–466.
- Dukalskis, Alexander. 2017. *Authoritarian Public Sphere. Legitimation and autocratic power in North Korea, Burma, and China*. London: Routledge.
- Friedrich, Carl Joachim und Zbigniew Brzezinski, Zbigniew. 1956. *Totalitarian dictatorship and autocracy*. New York: Praeger.
- Gandhi, Jennifer. 2008. *Political Institutions under Dictatorships*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gandhi, Jennifer and Adam Przeworski. 2007. Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats. *Comparative Political Studies* 40 (11): 1279–1301.
- Gerschewski, Johannes. 2013. The Three Pillars of Stability: Legitimation, Repression, and Co-optation in Autocratic Regimes. In: *Democratization* 20 (1): 13–38.
- Gerschewski, Johannes. 2014. *Stabilizing Autocratic Rule. Legitimation, Repression, and Co-optation in East Asia's Autocracies*. Dissertation. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin
- Gerschewski, Johannes (01.10.2016): Complementarity and the Study of Autocracies. Papier präsentiert auf der Drei-Länder-Tagung 2016, Heidelberg.
- Gerschewski, Johannes, Wolfgang Merkel, Alexander Schmotz, Christoph Stefes und Dag Tanneberg. 2013. Warum überleben Diktaturen? In: *Autokratien im Vergleich. PVS Sonderheft 47*, Hrsg. Steffen Kailitz und Patrick Köllner, 106-131, Baden-Baden: Nomos.

- Ginsburg, Tom und Tamir Moustafa, Hrsg 2008. *Rule by Law. The Politics of Courts in Authoritarian Regimes*. New York: Cambridge University Press.
- Haldenwang, Christian von. 2016. *Measuring legitimacy. New trends - old shortcomings?* DIE Discussion Paper 18/2016. Bonn.
- Holbig, Heike. 2013. Ideology after the end of ideology. China and the quest for autocratic legitimation. *Democratization* 20 (1): 61–81.
- Immergut, Ellen M.. 1998. The Theoretical Core of the New Institutionalism. *Politics & Society* 26 (1): 5–34.
- Kailitz, Steffen. 2009. Stand und Perspektiven der Autokratieforschung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 19 (3): 437–488.
- Kailitz, Steffen. 2013. Classifying political regimes revisited: legitimation and durability. *Democratization* 20 (1): 39–60.
- Kailitz, Steffen und Daniel Stockemer. 2015. Regime legitimation, elite cohesion and the durability of autocratic regime types. In: *International Political Science Review* (online first)
- Kailitz, Steffen und Dag Tanneberg. 2015. Legitimation, Kooptation, Repression und das Überleben von Autokratien „im Umfeld autokratischer Wahlen“. Eine Replik auf den Beitrag von Hans Lueders und Aurel Croissant. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*. 9 (1-2): 73–82.
- Kang, David C. 2002. *Crony Capitalism. Corruption and Development in South Korea and the Philippines*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Linz, Juan J. 1975. Totalitarian and Authoritarian Regimes. In: *Handbook on Political Science*, III., Hrsg. Fred I. Greenstein und Nelson W. Polsby, 175-411. Reading: Addison Wesley.
- Lueders, Hans und Aurel Croissant. 2014. Wahlen, Strategien autokratischer Herrschaftssicherung und das Überleben autokratischer Regierungen. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*. 8 (3-4): 329-355.
- Lueders, Hans; Croissant, Aurel (2015): Eine Antwort auf die Replik von Kailitz und Tanneberg zu unserem Beitrag „Wahlen, Strategien autokratischer Herrschaftssicherung und das Überleben autokratischer Regierungen“. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*. 9 (3): 183–193.

- Magaloni, Beatriz. 2006. *Voting for Autocracy. Hegemonic Party Survival and its Demise in Mexico*. New York: Cambridge University Press.
- Mahoney, James. 2000. Path Dependence in Historical Sociology. *Theory and Society* 29, S. 507–548.
- Marquez, Xavier. 2015. The Irrelevance of Legitimacy. In: *Political Studies* (online first)
- Mazepus, Honorata, Wouter Veenendaal, Anthea McCarthy-Jones und Juan Manuel Trak Vázquez. 2016. A comparative study of legitimation strategies in hybrid regimes. *Policy Studies* 37 (4): 1–20.
- Meuschel, Sigrid. 1991. *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mill, John Stuart. 1911. *A System of Logic. Ratiocinative and Inductive*. London: Longmans, Green.
- Morgenbesser, Lee. 2016. The autocratic mandate. Elections, legitimacy and regime stability in Singapore. *The Pacific Review* (online first)
- O'Kane, Rosemary H.T. 1993. Against Legitimacy. *Political Studies* 41 (3): 471–487.
- Pepinsky, Thomas. 2014. The Institutional Turn in Comparative Authoritarianism. *British Journal of Political Science* 44 (3): 631–653.
- Sartori, Giovanni. 1970. Concept Misformation in Comparative Politics. *American Political Science Review* 64 (4): 1033–1053.
- Schedler, Andreas. In Bearbeitung. The Disturbing Normality of Protest Under Authoritarianism. In: *Crises in Autocratic Regimes*. Hrsg. Johannes Gerschewski und Christoph Stefes.
- Schedler, Andreas. 2013. *The Politics of Uncertainty. Sustaining and Subverting Electoral Authoritarianism*. Oxford: Oxford University Press.
- Schlumberger, Oliver und André Bank. 2002. Succession, Legitimacy, and Regime Stability in Jordan. *The Arab Studies Journal* 10 (1): 50–72.
- Schneider, Carsten Q. und Seraphine F. Maerz. Im Erscheinen. Legitimation, Cooptation, and Repression and the Survival of Electoral Autocracies. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*.

Svolik, Milan W. 2012. *The Politics of Authoritarian Rule*. New York, NY: Cambridge University Press.

Tanneberg, Dag, Christoph Stefes und Wolfgang Merkel. 2013. Hard times and regime failure. Autocratic responses to economic downturns. *Contemporary Politics* 19 (1): 115–129.